

Klingemann, Hans-Dieter

Lecture — Digitized Version

Die Bundestagswahl 1983: sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsansätze. Vorgetragen am 28. April 1983

Jahrbuch / Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, BWG - 1983

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1984) : Die Bundestagswahl 1983: sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsansätze. Vorgetragen am 28. April 1983, Jahrbuch / Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, BWG - 1983, ISSN 0171-3304, Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft, Berlin, pp. 94-123

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112510>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans-Dieter Klingemann

Die Bundestagswahl 1983: Sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsansätze

(Vorgetragen am 28. April 1983)

Die vorgezogene Wahl zum 10. Deutschen Bundestag zeigte, bei einer Wahlbeteiligung von 89,1 Prozent, für die politischen Parteien das folgende Bild:

1. Die CDU/CSU gewann gegenüber 1980 4.3 Prozentpunkte und erzielte mit einem Anteil von 48.8 Prozent der gültigen Zweitstimmen ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt.
2. Die FDP verlor 3.6 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorwahl. Sie kam auf 7.0 Prozent der gültigen Zweitstimmen; nur 1969, dem Jahr des Beginns ihrer Koalition mit der SPD, hatte die Partei bei Bundestagswahlen noch schlechter abgeschnitten. Dennoch verhalfen die von der FDP 1983 insgesamt errungenen 34 Mandate der CDU/CSU-FDP Regierung zu einer komfortablen Mehrheit im Parlament (278 der insgesamt 498 Mandate).
3. Die SPD verlor gegenüber 1980 4.7 Prozentpunkte und erreichte 38.2 Prozent der gültigen Zweitstimmen im Jahre 1983. Sie ist damit der eindeutige Verlierer der Bundestagswahl; ihr Stärkeverhältnis entspricht dem Mitte der sechziger Jahre.
4. Den Grünen gelang mit einem Zweitstimmenanteil von 5.6 Prozent der Einzug in den Bundestag. Nur einmal sonst konnte eine „vierte“ Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringen: der GB/BHE im Jahre 1953. Die Grünen gehören also zu den „Gewinnern“ der Bundestagswahl 1983, dies insbesondere dann, wenn sie ernsthaft in die Koalitionskalküle der anderen im Bundestag vertretenen Parteien eingehen. Insgesamt scheint die Opposition, da geteilt, nunmehr geschwächt. 193 Oppositionsmandate entfallen auf die SPD, 27 auf die neue Partei.

Die Bundestagswahl 1983, die Umstände, die sie begleiteten, wie ihr Ergebnis, wird die Verfassungsjuristen, die Zeitgeschichtler, die Soziologen und die Politikwissenschaftler noch auf längere Zeit beschäftigen. In diesem Beitrag werden, zunächst in durchaus deskriptiver Absicht, zwei Fragen aufgegriffen:

1. Wie steht es um die Stabilität des Parteiensystems der Bundesrepublik? In welcher Weise haben sich die „Koalitionen“ zwischen sozialstrukturell definierten Großgruppen und den politischen Parteien verändert?
2. Mit welchen Argumenten beurteilt die Wählerschaft des Jahres 1983 die positiven und die negativen Seiten der zur Wahl stehenden politischen Parteien, und welche Konsequenzen zieht der Bürger daraus für sein Stimmverhalten?

Beide Fragestellungen gehören zu den klassischen Themen der empirischen Wahlforschung. Sie werden hier nacheinander abgehandelt. Die Spezifizierung eines die Variablengruppen zusammenfassenden Modells wird nicht versucht.

1 *Sozialstruktur und Parteiensystem: Stabilität oder Veränderung?*

Die Klassen- und die Konfessionsstruktur hat das deutsche Parteiensystem entscheidend geprägt. Dies zeigt sich auch 1983. Bezogen auf den Klassenkonflikt ergibt sich eine überdurchschnittliche Stimmabgabe für die SPD in der Arbeiterschaft, während der Alte Mittelstand (die Selbständigen) in erster Linie die CDU/CSU bevorzugte. Der Einfluß der konfessionellen Spannungslinie drückt sich einmal mehr darin aus, daß die Katholiken die CDU/CSU, die Protestanten und die Konfessionslosen hingegen vornehmlich für die SPD votierten. Diese Tendenzen verstärken sich, wenn man die entsprechenden Organisationsbindungen berücksichtigt. So wollten im Jahre 1983 60 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft die SPD wählen, während ein etwa gleich großer Anteil der Angehörigen des Alten Mittelstandes die CDU/CSU bevorzugte (61 %). Ein ähnlich prägnanter Unterschied ergibt sich für die Wahlabsicht der Katholiken und der Nichtkatholiken. 71 Prozent der kirchlich gebundenen Katholiken präferierten die CDU/CSU; 49 Prozent der kirchlich nicht gebundenen Protestanten, unter Einschluß der Konfessionslosen, äußerten eine Wahlabsicht für die SPD.

Die genannten Merkmale der ökonomisch und konfessionell bedingten Konfliktlinien des westdeutschen Parteiensystems können in unterschiedlicher Weise miteinander kombiniert werden. Zum Zwecke dieser Analyse

TABELLE 1
Soziale Schicht und Gewerkschaftszugehörigkeit als Bestimmungsgründe der Wahlabsicht 1983

Soziale Lagerung	CDU/CSU	FDP	Wahlabsicht		Keine Angabe %	N
	%	%	SPD %	Sonstige Parteien %		
Alte Mittelschicht ¹	61	10	19	4	6	104
Neue Mittelschicht	50	6	28	6	10	361
Nichtmitglieder	35	6	46	3	10	68
Arbeitserschaft	40	3	47	2	8	333
Mitglieder	31	3	60	4	2	91

¹ Unter den 104 Befragten aus der Alten Mittelschicht waren 3 in einer Gewerkschaft; alle drei wollten die SPD wählen.

TABELLE 1 (Fortsetzung)

Konfession und Kirchenbindung¹ als Bestimmungsgründe der Wahlabsicht 1983

Soziale Lagerung	CDU/CSU %	FDP %	Wahlabsicht			Keine Angabe %	N %
			SPD %	Sonstige Parteien %			
Katholiken							
starke Bindung	71	6	15	—	8	205	
mäßige Bindung	63	5	24	3	5	136	
keine Bindung	42	6	36	8	8	166	
Protestanten ²							
starke Bindung	33	—	40	7	20	30	
mäßige Bindung	42	4	45	1	7	149	
keine Bindung	31	5	49	6	9	325	
Insgesamt	45	5	37	5	8	1084	

¹ Kirchenbindung gemessen durch Kirchengangshäufigkeit.

² Unter Einschuß der konfessionslosen Bevölkerung.

wurden aufgrund theoretischer Überlegungen insgesamt elf sozialstrukturell definierte Gruppierungen unterschieden:

1. Im protestantischen Bereich
 - a) der Alte Mittelstand
 - b) der gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand (Angestellte und Beamte)
 - c) die gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiterschaft
 - d) die gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer (Angestellte und Beamte, Arbeiter).
2. Im katholischen Bereich
 - a) der Alte Mittelstand
- 2a. im katholischen, kirchlich nicht gebundenen Bereich
 - b) der gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand
 - c) die gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiterschaft
 - d) die gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer
- 2b. im katholischen, kirchlich gebundenen Bereich
 - e) der gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand
 - f) die gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiterschaft
 - g) die gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer.

Dies ist — zugestanderweise — nur eine sehr grobflächige Differenzierung nach Kriterien der Sozialstruktur. Eine weitergehende Aufgliederung verbietet sich jedoch aus Gründen des Stichprobenumfangs der Umfragen und den zu Vergleichszwecken verfügbaren Merkmalen der Befragten.

Die Frage der dauerhaften Verankerung in der Sozialstruktur betrifft in erster Linie die CDU/CSU und die SPD. Die Wahlerfolge der FDP und, in jüngster Zeit, der Grünen, hängen demgegenüber in ungleich größerem Maße von politischen Bestimmungsgründen ab. Diese Faktoren werden, unter sozialpsychologischen Aspekten, im zweiten Teil der Analyse diskutiert.

1. Die sozialstrukturelle Verankerung der CDU/CSU

Die CDU/CSU wird 1983 in sechs der hier unterschiedenen elf sozialstrukturellen Gruppierungen mit einer absoluten Stimmenmehrheit unterstützt. Es sind dies, in der Rangfolge des Stimmenanteils für die CDU/CSU:

- der katholische, kirchlich gebundene Neue Mittelstand (81 %)
- die katholische, kirchlich gebundene Arbeiterschaft (64 %)
- der katholische Alte Mittelstand (61 %)

- der protestantische Alte Mittelstand (60 %)
- die katholischen, kirchlich und gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer (55 %)
- der katholische, kirchlich und gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand (53 %).

Mit Ausnahme des protestantischen Alten Mittelstandes haben alle diese Gruppierungen gemeinsam, daß sie dem katholischen, insbesondere aber dem katholischen, kirchlich gebundenen Bereich angehören. Diese Konstellation ist typisch für die seit 1965 vorliegenden Daten. Das Besondere der Situation der Bundestagswahl 1983 ist dadurch gekennzeichnet, daß die Anteile der CDU/CSU — mit Ausnahme der katholischen, kirchlich und gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer und des katholischen Alten Mittelstandes — innerhalb dieser Gruppen stets höher lagen, als der seit 1965 ermittelte langfristige Durchschnitt.

Insgesamt spricht dieser Befund für eine Verstärkung, nicht aber für eine Abschwächung der „alten“ sozialstrukturellen Konfliktlinien.

2. Die sozialstrukturelle Verankerung der SPD

Die SPD kann sich im Jahre 1983 mit absoluter Mehrheit nur auf zwei sozialstrukturell abgegrenzte Gruppierungen stützen:

- die protestantischen, gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer (71 %)
- die protestantische, nicht gewerkschaftlich gebundene Arbeiterschaft (60 %).

In allen anderen sozialen Gruppierungen blieb die SPD auch relativ in der Minderheit.

Die Analyse macht deutlich, daß sich die SPD — entgegen dem allgemeinen Trend — in ihren Kerngruppen hat gut halten können.

Wie für die CDU/CSU so gilt auch für die SPD, daß sich die mit sozialstrukturell definierten Gruppierungen auf Dauer geschlossenen Bündnisse eher akzentuiert als abgeschliffen haben. Auch dieser Befund spricht für den Fortbestand der „alten“ Politik.

3. Wechselnde Loyalitäten: Das sozialstrukturelle Potential für politische Veränderung

Drei der hier unterschiedenen elf sozialstrukturellen Gruppierungen

TABELLE 2 (Fortsetzung)

Sozialstruktur und Wahlentscheidung: Indikatoren für Stabilität und Veränderung

Sozialstrukturelle Gruppierungen	Gewicht der sozialstrukturellen Gruppierungen		Wahlergebnis 1983		Mittelwerte und Standard- abweichungen für die Periode 1965—1983			
	1953 %	1983 %	CDU/CSU %	SPD %	CDU/CSU \bar{x}	SD	SPD \bar{x}	SD
Gewerkschaftlich nicht gebundener Neuer Mittelstand	4	10	53	26	39	7.9	32	4.9
Gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiters- schaft	8	8	48	37	35	8.5	46	7.4
Gewerkschaftlich gebundene Arbeitnehmer	3	4	45	41	28	8.6	55	8.6
Katholischer, kirchlich gebundener Bereich								
Gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittel- schicht	5	5	81	7	69	7.0	11	3.2
Gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiterschaft	10	7	64	24	63	3.8	20	6.4
Gewerkschaftlich ge- bundene Arbeitnehmer	2	3	55	21	59	8.6	27	8.5

weisen ein überdurchschnittliches Potential der politischen Veränderung auf. Es sind dies:

- der protestantische, gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand
- der katholische, kirchlich und gewerkschaftlich nicht gebundene Neue Mittelstand
- die katholische, gewerkschaftlich nicht gebundene Arbeiterschaft.

Der gemeinsame Nenner ist hier der Verlust der Bindung an eine der Organisationen, die allein in der Lage sind, den interessen- oder wertgebundenen politischen Konflikt auf Dauer zu stellen. Der in dieser Weise ungebundene Bereich des Neuen Mittelstandes hat die CDU/CSU und die SPD bei den verschiedenen Wahlen unterschiedlich stark gestützt.

In beiden dieser Gruppen des Neuen Mittelstandes war die CDU/CSU bis in die sechziger Jahre hinein Mehrheitspartei. Die Hinwendung zur SPD erfolgte vor allem bei den Wahlen der Jahre 1969 und 1972. Seitdem wechselt die Mehrheitspartei von Wahl zu Wahl, wobei die CDU/CSU 1976 und 1983, die SPD 1980 den größeren Teil dieser Wähler für sich gewinnen konnte.

Im Bereich der katholischen, kirchlich und gewerkschaftlich nicht gebundenen Arbeiterschaft gewinnt die SPD bis zur Wahl 1972 stets die meisten Stimmen. Seit 1976 wechselt auch in dieser Gruppe die Mehrheitspartei nach dem oben beschriebenen Muster.

Eine ähnliche Tendenz ist hinsichtlich keiner anderen der hier unterschiedenen sozialen Gruppierungen zu beobachten. Mit zwei kleinen Ausnahmen hat sonst im gesamten Zeitraum, für den Daten vorliegen (1953, 1965—1983), jeweils die politische Partei eine Mehrheitsposition behaupten können, die traditionellerweise den unterschiedlichen sozialen Gruppierungen zugerechnet wird.

Damit sind, unter sozialstrukturellen Aspekten, die Bereiche benannt, die vorwiegend die politische Stabilität und die Veränderung begünstigen, soweit es die beiden großen Parteien des westdeutschen Parteiensystems betrifft.

Die verschiedenen sozialstrukturellen Gruppierungen sind unterschiedlich groß; zugleich verändert sich ihr relativer Anteil an den gesamten Wahlberechtigten in typischer Weise. Dabei erweisen sich zwei Trends als besonders wichtig: der Anstieg des Gewichts des Neuen Mittelstandes und die absinkende Größe der kirchlich gebundenen Bevölkerung sowie der Arbeiterschaft. Das führt dazu, daß die sozialen Gruppen, auf die sich die CDU/CSU und die SPD traditionellerweise stützen, tendenziell an Gewicht verlieren. Dagegen gewinnen die sozialen Gruppen

an Stärke, denen aufgrund ihrer sozialen Lagerung keine eindeutige Wahlnorm zugerechnet werden kann, die auch typischerweise den solche Normen vermittelnden Großorganisationen der Gesellschaft — den Gewerkschaften und der katholischen Kirche — weitgehend entzogen sind. Ihr Anteil ist 1983 im Vergleich zu 1953 von 23 Prozent auf 31 Prozent der Wahlberechtigten gestiegen. Und dies ist, wie gezeigt wurde, gerade auch der Bereich in dem die größte Bereitschaft zu wechselndem Wahlverhalten festgestellt wurde. Damit liegt der Schluß nahe, für die Zukunft ein höheres Maß an Veränderbarkeit der politischen Kräfteverhältnisse zu vermuten.

Die hier abgehandelten Parteien, die CDU/CSU und die SPD, tragen das Parteiensystem der Bundesrepublik in erster Linie. Die berichteten Veränderungen beschreiben Veränderungen des Wählerverhaltens, bezogen auf diese beiden Systemparteien. Darüber hinaus muß, um die politische Realität nicht aus den Augen zu verlieren, natürlich die Rolle der FDP und der Grünen mitbedacht werden. Ohne die FDP hätte es weder den Regierungswechsel im Jahre 1969 noch den im Jahre 1982 gegeben. Die Grünen wiederum werden wohl in Zukunft die Koalitionsarithmetik entscheidend verändern. Auf die beiden kleinen politischen Parteien wird in diesem Beitrag unter sozialstrukturellen Aspekten nicht eingegangen. Ihr Erscheinungsbild wird jedoch in den folgenden Abschnitten ausführlich dargestellt.

II *Die politischen Parteien im Urteil der Bevölkerung: Sozialpsychologische Komponenten der Wahlentscheidung*

Die Analyse der Beziehung von Sozialstruktur und Wahlverhalten liefert wichtige Hinweise für die Einschätzung der Entwicklungstendenzen des Parteiensystems. Sie sagt jedoch nichts darüber aus, wie das Politikangebot und die Leistungsfähigkeit der Parteien vor einer Bundestagswahl von der Bevölkerung wahrgenommen und beurteilt werden. Sozialpsychologische Modelle der Wahlentscheidung rücken politische Einstellungen dieser Art in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Im Rahmen der hier vorgetragenen Untersuchung sollen im wesentlichen zwei Fragen beantwortet werden:

1. Welche Themen oder Merkmale wurden von der Bevölkerung kurz vor der Bundestagswahl 1983 mit den politischen Parteien verknüpft und was folgt daraus für die Bewertung dieser Parteien?
2. Welche Beziehung besteht zwischen den Urteilen über die politischen Parteien und der Wahlabsicht des Bürgers?

Die Daten für die Beantwortung dieser Fragen wurden mit Hilfe einer für die wahlberechtigte Wohnbevölkerung repräsentativen Umfrage erhoben. Zu Vergleichszwecken können entsprechende Daten aus Vorwahlumfragen der Jahre 1969, 1972, 1976 und 1980 herangezogen werden.

Um die Vielfalt der möglichen Argumente der Befragten zu erfassen und sie gleichzeitig auf solche zu beschränken, die dem Wähler in der jeweiligen politischen Situation wichtig und tatsächlich bewußt sind, wurde auf ein Meßinstrument mit vorformulierten Antwortalternativen verzichtet. Es wurden vielmehr die folgenden, ganz allgemein gehaltenen Fragen gestellt, auf die der Befragte mit seinen eigenen Worten antworten konnte:

„Nun würde mich interessieren, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien — CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen sind: Was gefällt Ihnen an der CDU/CSU (SPD, FDP, den Grünen)? Was gefällt Ihnen nicht an der CDU/CSU (der SPD, der FDP, den Grünen)?“

Die Interviewer waren angewiesen, sorgfältig zu protokollieren und ausführlich nachzufragen. Die Interviewmitschriften wurden unter Verwendung eines komplexen Klassifikationsschemas von geschulten Vercodern nach den Regeln der quantitativen Inhaltsanalyse verschlüsselt. Die Verlässlichkeit der Verschlüsselung entsprach den üblichen Standards.

Die Ergebnisse werden für die acht Thementypen berichtet, die das Klassifikationsschema als Hauptkategorien anbietet:

- 1) ideologische Argumente
- 2) gruppenbezogene Argumente
- 3) innenpolitische Argumente
- 4) außenpolitische Argumente
- 5) Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind
- 6) Argumente, die auf Politiker bezogen sind
- 7) Unpolitische Argumente
- 8) Unspezifische Argumente

Auf eine detaillierte Wiedergabe der Definitionskriterien wird verzichtet. Sie wurden mehrfach publiziert und sind in der Literatur leicht zugänglich. An dieser Stelle soll genügen, den spezifischen Bedeutungsgelhalt der Kategorien in der Vorwahlsituation des Jahres 1983 durch ausgewählte Antworten der Befragten zu illustrieren.

1. *Die Breite des Urteils*

Im Interview waren den Befragten vier politische Parteien zur ausführli-

chen Bewertung vorgegeben worden. Das Ergebnis zeigt, betrachtet man jede Partei für sich, daß jeweils über 90 Prozent der Befragten in der Lage waren, positive oder negative Seiten von CDU/CSU, FDP, SPD und den Grünen anzuführen. Die Vergleichszahlen für die vier Bundestagswahlen von 1969 bis 1980 weisen darauf hin, daß dieser Anteil und die durchschnittliche Zahl der für die Beurteilung verwendeten Argumente deutlich angestiegen sind. Dies spricht für eine interessierte Wählerschaft (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Wägt der Befragte die Vor- und Nachteile aller vier Parteien gegeneinander ab oder betrachtet er in erster Linie die von ihm präferierte Partei? Der empirische Befund spricht für ein die zur Wahl stehenden Alternativen in Rechnung stellendes Elektorat. 82 Prozent der Befragten nannten positive oder negative Argumente aller vier im Interview angesprochenen Parteien; 12 Prozent beurteilten drei Parteien. Auf die verbleibenden Möglichkeiten entfielen jeweils nur 2 Prozent. Dies spricht für eine relativ informierte Wählerschaft. Das Ergebnis ist in der Tabelle 3 noch einmal zusammengefaßt.

2. Die Beurteilung der politischen Parteien vor der Bundestagswahl 1983

In diesem Abschnitt sollen die Vorstellungen herausgearbeitet werden, die sich die Wählerschaft bis kurz vor der Bundestagswahl 1983 von den politischen Parteien machte. Die Darstellung wird sich mit einer Skizze begnügen, die allerdings versucht, das Charakteristische zu treffen. Was beschäftigte die Bevölkerung im Zusammenhang mit der CDU/CSU, der SPD, der FDP und den Grünen? Was gefiel ihr und was gefiel ihr nicht an den „alten“ Parteien und der „neuen“ politisch-sozialen Bewegung?

Die Daten, auf die sich die folgende Interpretation vornehmlich stützt, sind in den Tabellen 1 und 2 im Anhang dokumentiert.

2.1 Die Beurteilung der CDU/CSU

Der überwiegende Teil der Wahlberechtigten beurteilte die CDU/CSU vor der Bundestagswahl 1983 unter den Aspekten der allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit (Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind) und der wirtschaftspolitischen Kompetenz (innenpolitische Argumente). Darüber hinaus werden als Kriterien die Vertretung von Gruppeninteressen (gruppenbezogene Argumente) und die Qualität des Führungspersonals herangezogen (Argumente, die auf Politiker bezogen sind). Die Außenpolitik und die ideologische Orientie-

TABELLE 3

Die Zahl der von den Befragten beurteilten politischen Parteien

	%	N	%	N
<i>Vier Parteien beurteilt</i> ¹	82	977		
<i>Drei Parteien beurteilt</i> ¹	12	140		
Darunter:				
CDU/CSU-SPD-FDP			53	75
CDU/CSU-SPD-Grüne			21	29
CDU/CSU-FDP-Grüne			15	21
SPD-FDP-Grüne			11	15
<i>Zwei Parteien beurteilt</i> ¹	2	29		
Darunter:				
CDU/CSU-SPD			40	11
CDU/CSU-FDP			20	6
CDU/CSU-Grüne			20	6
SPD-FDP			—	—
SPD-Grüne			10	1
FDP-Grüne			10	1
<i>Eine Partei beurteilt</i> ¹	2	25		
Darunter:				
CDU/CSU			28	7
SPD			28	7
FDP			8	2
Grüne			36	9
<i>Keine Partei beurteilt</i>	2	26		
Insgesamt	100	1197		

¹ Mindestens ein positives oder negatives Argument genannt.

rung spielten, wie auch die unspezifischen und die unpolitischen Argumente, nur eine untergeordnete Rolle.

Die allgemeine politische Leistungsfähigkeit ist die Elle, an der die CDU/CSU — seit vergleichbare Daten vorliegen (seit 1969) — in erster Linie gemessen wurde. Die Situation des Jahres 1983 unterscheidet sich von den vorangegangenen Bundestagswahlen vor allem durch einen starken Anstieg des Interesses an wirtschaftspolitischen Fragen und an Fragen der Vertretung von Gruppeninteressen. So erhöhte sich 1983 der Anteil der Befragten, deren Bewertung der CDU/CSU sich an innenpolitischen Argumenten festmachte, im Vergleich zu 1980 von 29 Prozent auf 53 Prozent. Der Anteil der Befragten, die sich auf Gruppeninteressen bezogen, stieg im gleichen Zeitraum von 21 Prozent auf 38 Prozent. Die

Konzentration des Interesses auf bestimmte Themenbereiche sagt noch nichts darüber aus, welche positiven oder negativen Konsequenzen sich daraus für die zur Bewertung anstehende politische Partei ergeben. Die Analyse der Antworten auf die offen gestellten Fragen zeigt, daß die CDU/CSU vor allem von der Überzeugung der Bevölkerung profitierte, sie könne die anstehenden wirtschaftlichen Probleme besser lösen als die anderen zur Wahl stehenden politischen Parteien. Dabei spielte das Problem der Verringerung der Staatsschulden eine besondere Rolle. Als Beispiele seien die folgenden Antworten angeführt:

„Sie sind realistischer. Sie sorgen am ehesten dafür, daß die Staatsfinanzen in Ordnung bleiben. Sie streichen überflüssige Sozialausgaben.“

„Die CDU/CSU hat versucht, aus der schlechten derzeitigen Lage das Beste zu machen. Sie versuchen, die Staatsschulden zu verringern.“

Gegenüber der Situation des Jahres 1980 stieg auch der Anteil der Befragten sprunghaft an, die ganz allgemein der Überzeugung waren, die CDU/CSU könne die Regierungsgeschäfte besser führen. In diese Richtung weist das typische Argument: „Sie haben eine gute Mannschaft und sie können ganz einfach besser regieren.“

Der positiven Entwicklung hinsichtlich der Kompetenzvermutung steht eine für die CDU/CSU negative Entwicklung im Themenbereich der gruppenbezogenen Argumente gegenüber. Hier sank, bei insgesamt erhöhtem Gewicht der gruppenbezogenen Argumente, im Jahr 1983 der Anteil der Befragten, die daraus eine positive Bewertung der CDU/CSU ableiten (1980: 32 %; 1983: 20 %). Ein Befragter drückt dies so aus:

„Man muß nur das neue Mietgesetz ansehen oder den Krankenkassenbeitrag für Rentner. Auch für den Kuraufenthalt müssen DM 10 mehr bezahlt werden. Das ist nicht gut. Sie müßten noch mehr für den Arbeitnehmer tun und nicht die Lasten auf deren Rücken austragen. Die Reichen werden zu wenig zur Kasse gebeten.“

Dies spricht für eine Zunahme der Bedeutung der ökonomisch bestimmten Konfliktlinie der politischen Auseinandersetzung, ein Sachverhalt, der — wie noch gezeigt werden wird — eine Entsprechung bei der Beurteilung der SPD findet.

Die positive Bewertung des Führungspersonals der CDU/CSU nahm nach dem absoluten Tiefpunkt, der für die Wahl des Jahres 1980 gemessen wurde, 1983 wieder zu (1980: 31 %, 1983: 41 %).

Damit sind, ohne auf die übrigen Themenbereiche im Detail einzugehen, die wesentlichen Konturen des Profils der CDU/CSU im Urteil der Bevölkerung umschrieben. Der relativ und absolut wachsenden allgemeinen Kompetenzvermutung und des absolut gestiegenen Vertrauens in die

wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der Partei, steht eine negative Bewertung hinsichtlich der Vertretung der Interessen des „kleinen Mannes“ gegenüber.

Dieses Bild spricht nicht für eine „neue“ Politik. Es spricht vielmehr für die Rückkehr „alter“ Bewertungsmuster. Bezogen auf die Kompetenzvermutungen, werden sich die „Erben Adenauers“ in Zukunft allerdings auch am Maßstab der einmal erbrachten Leistungen messen lassen müssen.

2.2 Die Beurteilung der SPD

Wie die CDU/CSU so wird auch die SPD vor der Bundestagswahl 1983 in erster Linie nach der allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit (Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind), nach der Kompetenz in Wirtschaftsfragen (innenpolitische Argumente) und nach der Vertretung von Gruppeninteressen (gruppenbezogene Argumente) beurteilt. Und wie bei der CDU/CSU wiegen auch im Falle der SPD die übrigen Themenbereiche weniger schwer. Im Vergleich zu den vorangegangenen Bundestagswahlen seit 1969 fällt auf, daß der Anteil der Befragten, die auf innenpolitische und gruppenbezogene Argumente zurückgreifen, drastisch angestiegen ist.

Der Grad der positiven Beurteilung der innenpolitischen Kompetenz der SPD und ihrer allgemeinen politischen Leistungsfähigkeit erreicht 1983 ein Minimum. Antworten wie diese sind typische Beispiele für den Tenor des Urteils:

„Die SPD hat wirtschaftspolitisch versagt. Sie ist zu wenig für den Mittelstand eingetreten und hat zuviel Geld für soziale Belange ausgegeben; und das oft noch für Bürger, die sehr gut verdienen. Sie hat zuviele Staatsschulden gemacht, zu wenig an die Zukunft gedacht, den Firmen, vor allem den kleineren, zu viele Lasten aufgebürdet.“

„Die SPD verspricht mehr, als sie halten kann. Das war leider immer so. Dreizehn Jahre reichen wohl nicht aus, um es besser zu machen als andere.“

Zu einer positiven Bewertung kommen, soweit sie innenpolitisch argumentieren, 1983 nur noch 29 Prozent der Befragten. Im Jahre 1969, zu Beginn der sozialliberalen Koalition, lag der Anteil bei immerhin 69 Prozent. Hinsichtlich der Beurteilung der allgemeinen Regierungsleistung der SPD lauten die entsprechenden Zahlen 21 Prozent für das Jahr 1983 und 37 Prozent für das Jahr 1969. Aus den Antworten spricht überwiegend Enttäuschung und ein gewisser Zorn. Mancher Befragter bringt es auf diese Formel: „Sie haben den Karren in den Dreck gefahren.“

In anderen Themenbereichen schneidet die SPD dagegen deutlich besser ab. Das gilt für die Außenpolitik ebenso wie für das politische Personal. Dies ist, soweit es das politische Personal betrifft, allerdings weniger auf den neuen Kanzlerkandidaten der Partei, Vogel, als auf den alten Kanzler, Helmut Schmidt, zurückzuführen.

Weit wichtiger für die positive Beurteilung der SPD erweist sich jedoch auch im Jahre 1983 die historisch geprägte Überzeugung, daß es die SPD ist, die in erster Linie für die Interessen der kleinen Leute, insbesondere der Arbeiterschaft, eintritt. Die folgende Antwort illustriert diese klassische Argumentationsfigur:

„Die SPD hat all die Jahre immer an den kleinen Mann gedacht. Wie ist es denn früher gewesen? Wir mußten arbeiten und arbeiten, und wenn wir nicht mehr konnten, wurden ganz einfach andere Leute rangenommen, ohne Rücksicht darauf, wie man denn dann dastand.“

Oder:

„Sie setzen sich wieder stark für die Gruppen ein, die sich selbst nicht wehren können.“

Insgesamt zeigt der skizzierte Befund den wachsenden Zweifel an der Regierungsfähigkeit der SPD, vor allem aber die Unzufriedenheit mit ihrer Wirtschaftspolitik. Dem steht jedoch als Aktivposten gegenüber, daß sich die SPD um die Interessenvertretung der Arbeiterschaft in den langen Jahren ihrer politischen Arbeit verdient gemacht hat. Auf dieses Wissen der Bevölkerung kann sich die Partei also selbst in für sie schlechten Zeiten immer noch zurückfallen lassen.

2.3 Die Beurteilung der FDP

Für die Beurteilung der FDP erwies sich vor der Bundestagswahl 1983 die Koalitionsproblematik von überragender Bedeutung. Alle anderen Themenbereiche traten demgegenüber in den Hintergrund, wobei dem politischen Personal, der ideologischen Orientierung der Partei sowie den unspezifischen Argumenten („mir gefällt alles/nichts an der FDP“), noch relative Wichtigkeit zukommen. Dies Bild ist nicht neu; es trifft auch auf die Situation der vorhergehenden Bundestagswahlen zu. Es kennzeichnet die Lage der FDP im Jahre 1983 jedoch besonders, daß der Grad der Konzentration des Interesses der Wählerschaft auf das Koalitionsthema deutlich angestiegen ist. Zu diesem Zeitpunkt beurteilen 84 Prozent der Wählerschaft die Partei unter diesem Aspekt. Vor den Wahlen der Jahre 1980 und 1976 lag der entsprechende Anteil bei 66 bzw. 65 Prozent.

Das an der Koalitionsfrage festgemachte Urteil hat sich für die FDP

schon immer negativ ausgewirkt. Die Anhänger der Partei, mit der die FDP nicht koalitiert, sind eben deshalb nicht zufrieden. Aber auch die Anhänger der jeweiligen Koalitionspartei meinen, die FDP verhindere die volle Realisation ihrer eigentlichen Ziele. Nur diejenigen, die sich von einer Regierungsbeteiligung der FDP eine „liberale“ Politik erhoffen, kommen zu einer positiven Wertung — und dieser Teil der Wähler ist in der Minderheit. Dies zeigte sich auch im Jahre 1983. Hinzu kam jedoch diesmal ein besonderer Umstand: die Art und Weise, wie im Jahre 1982 der Wechsel von der SPD/FDP-Koalition zur CDU/CSU-FDP-Koalition vollzogen wurde, erschien weiten Teilen der Bevölkerung als schlechter politischer Stil und wurde unter moralischen Aspekten beurteilt. Von „Verrat“ ist die Rede. Die folgenden Argumente sind häufig zu finden:

„Die FDP hat kein gutes Spiel mit Helmut Schmidt getrieben. Sie hat den Bundeskanzler verraten. Man kann sagen, was man will: die FDP hat damit keine gute Tat vollbracht. Ich persönlich halte sie für eine Verräterpartei.“

„Im Moment bin ich mit der FDP ganz und gar nicht zufrieden. Mit der SPD hatten sie es doch gut für uns gemacht, wir waren zufrieden damit. Aber jetzt haben sie den Helmut Schmidt verraten; und was ist dabei für ein Durcheinander herausgekommen. Nein, nein — so geht es nun doch auch nicht.“

Natürlich gibt es auch Stimmen, die den Koalitionswechsel positiv beurteilen, aber dies ist nur bei zwei von zehn Argumenten dieser Art der Fall.

Nach der Koalitionsproblematik spielte, wenn auch mit größerem Abstand, die Bewertung der Qualität des politischen Personals für die FDP stets eine bedeutsame Rolle. Argumente aus diesem Themenbereich wirkten sich in der Regel positiv für die Partei aus. Von den Befragten, die in den Jahren 1976 und 1980 ein solches Argument vorbrachten, kamen jeweils 80 Prozent zu einem positiven Urteil. Im Jahre 1983 lag dieser Anteil bei 46 Prozent. Dies kennzeichnet ein für die FDP bedrohliches Bild, zumal sie weder im innen- noch im außenpolitischen Bereich ein spezielles Thema in gewichtiger Weise besetzt.

Auf die ideologische Grundposition der Partei bezogen sich 15 Prozent der Befragten. Nur in diesem Bereich konnte die FDP auch 1983 noch überwiegend positive Anknüpfungspunkte für die Beurteilung bieten. Als Beispiele können die folgenden Antworten gelten:

„Die Liberalität der FDP ist das einzige, was mir im Augenblick noch an der Partei gefällt.“

„Man braucht liberale Kräfte in der Politik.“

Insgesamt gilt für die FDP wie für die SPD, daß sich in einer für die Partei drastisch verschlechterten Lage im wesentlichen nur noch ein historisch unbestrittenes, positiv besetztes Identifikationssymbol anbietet. Auch dieser Sachverhalt kennzeichnet, so meinen wir, eine Rückkehr der „alten“ Politik.

2.4 Die Beurteilung der Grünen

Erstmals seit 1957 konnte im Wahljahr 1983 wieder eine vierte Partei Mandate für den Bundestag gewinnen. Dieser Erfolg der Grünen, einer „neuen“ politischen Gruppierung, steht im Gegensatz zur bisher sichtbar gewordenen Bedeutung der „alten“ Konfliktlinien des Parteiensystems der Bundesrepublik. Die Frage nach dem Erscheinungsbild der Grünen, nach den Hoffnungen und Befürchtungen, die mit der neuen politischen Kraft verknüpft werden, kommt damit ein besonderes Interesse zu.

Zwei Themenkomplexe schlagen sich in der Beurteilung der Grünen durch die Bevölkerung vor allem nieder: (1) der als zerstritten empfundene innere Zustand der Partei und ihr Mangel an einer kohärenten, umfassenden politischen Programmatik (Argumente, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind), sowie (2) der Einsatz der Grünen für die Belange der Umweltpolitik (innenpolitische Argumente). Daneben wird noch, obwohl in geringerem Maße, der ideologische Charakter der Grünen angesprochen. Alle anderen Themenkreise bleiben weit hinter den genannten zurück.

Wie bereits angedeutet, sind die auf den inneren Zustand und die Programmatik der Partei bezogenen Argumente in der Regel negativ. Neun von zehn Befragten kommen, wenn sie solche Argumente verwenden, zu negativen Schlußfolgerungen. Als Beispiel dafür können die folgenden Antworten angeführt werden:

„Man kann bei den Grünen nur schwer durchblicken. Man weiß nicht, was die einzelnen Gruppen so überhaupt vorhaben.“

„Die Grünen sind keine geschlossene Partei: zuviele Meinungen und kein Programm. Keine klare Führung. Sie sagen zu allem nein, vor allem dann, wenn die Regierung ein neues Gesetz einbringen will.“

„Sie sind für mich noch keine Partei. Sie haben kein vollständiges Programm, sind zu oberflächlich.“

Im ideologischen Bereich dominieren die negativen Argumente ebenfalls. 89 Prozent der Befragten, die auf die ideologische Position der Grünen verweisen, kamen zu einer negativen Bewertung. Die Partei ist für die meisten Wähler „zu links“.

Die Analyse zeigt aber auch, daß die Grünen einen speziellen Politikbereich fest besetzt haben und in bezug darauf überwiegend positiv beurteilt werden. Die Wählerschaft hält ihnen, nicht aber den etablierten Parteien, zugute, daß sie sich für die Belange der Umwelt einsetzen. Der Unterschied zwischen den Grünen und den etablierten Parteien ist in diesem Politikfeld eklatant: von den insgesamt 648 umweltbezogenen Argumenten wurden 91 Prozent im Zusammenhang mit den Grünen vorgebracht. War dies der Fall, so waren wiederum 91 Prozent dieser Argumente für die Partei positiv gemeint. Weder die von den Grünen mitgetragenen Positionen der Frauenbewegung noch die der Friedensbewegung haben sich in einer auch nur annähernd vergleichbaren Weise im Meinungsbild der Bevölkerung mit den Grünen verknüpft.

Nach diesem Befund, und das kennzeichnet die Stärke und die Schwäche der Grünen gleichermaßen, wurde die Partei in erster Linie als Anwalt der Umweltinteressen begriffen. Um ihre Position auf diesem Gebiet zu behaupten, müssen die Grünen in absehbarer Zeit konkrete umweltpolitische „Erfolge“ nachweisen. Dies wiederum scheint aber nur dann machbar zu sein, wenn die Partei dafür Partner unter den etablierten Parteien finden kann und wenn es den etablierten Parteien nicht gelingt, die Kompetenz auf diesem Gebiet erfolgreich für sich zu reklamieren. Die gegenwärtige Situation kennt noch keinen Sieger. Die „Rot-Grüne“-Koalition in Hessen spricht für die erstgenannte Alternative; die umweltpolitischen Initiativen des CSU-Innenministers Zimmermann würden wohl, wenn sie erfolgreich sein sollten, die umweltpolitische Kompetenz eher mit der CDU/CSU verbinden.

Betrachtet man die Umweltpolitik als Kernstück der „neuen“ Politik, so hat sich die neue Politik mit den Grünen eine eigene politische Kraft geschaffen. Insofern wäre es gerechtfertigt, in der Situation des Jahres 1983 einen Ausdruck des Gegensatzes der „alten“ und der „neuen“ Politik zu sehen. Dabei stünden die „Systemparteien“ — die CDU/CSU, die SPD und die FDP — für die „alte“ Politik und die Grünen für die „neue“ Politik.

3. Der Zusammenhang zwischen der Beurteilung politischer Parteien und der Wahlabsicht

Der Bürger gibt seine Stimme der politischen Partei, für die — nach seiner Ansicht — die meisten Argumente sprechen. Von dieser These, die auf die Urteilskraft der Bevölkerung setzt, soll hier ausgegangen werden. Zur Überprüfung der These wird, da die tatsächliche Wahlentscheidung

nicht bekannt ist, auf die vom Befragten im Interview geäußerte Wahlabsicht zurückgegriffen. Die Wahlabsicht betrifft die Zweitstimme; die Einbeziehung der Information über die Erststimme bleibt zukünftigen Analysen vorbehalten.

Die Wahlabsicht soll durch die Bewertungen vorausgesagt werden, die sich aus den für und gegen die einzelnen politischen Parteien vorgebrachten Argumenten ergeben. Entsprechende Daten, darauf wurde bereits hingewiesen, sind allerdings nur für die CDU/CSU, die FDP, die SPD und die Grünen, nicht aber für die sonstigen zur Wahl stehenden politischen Parteien verfügbar. Dies schlägt, bei dem geringen Stimmenanteil dieser Parteien, jedoch kaum zu Buche.

Das Bewertungsmuster wurde in zwei Schritten ermittelt. Im ersten Schritt wurde, für jede der vier Parteien getrennt, die Differenz zwischen der Zahl der positiven und der Zahl der negativen Argumente bestimmt. Im zweiten Schritt wurden diese Differenzen zwischen den Parteien in systematischer Weise verglichen. Danach können vier generelle Präferenzmuster unterschieden werden. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß:

- 1) eine der vier zu vergleichenden Parteien relativ besser beurteilt wird als die drei anderen;
- 2) zwei der vier verglichenen Parteien gleich, aber besser beurteilt werden als die beiden anderen;
- 3) drei der vier verglichenen Parteien gleich, aber besser als die vierte beurteilt werden und
- 4) alle vier verglichenen Parteien gleich gut oder schlecht beurteilt werden.

Die Befragten, die sich hinsichtlich der Beurteilung aller vier Parteien nicht äußern wollten oder konnten, werden getrennt ausgewiesen („keine Partei beurteilt“).

Die beschriebenen Grundmuster der Bewertung sind empirisch sehr unterschiedlich. Die große Mehrheit der Befragten, knapp vier Fünftel, kommt beim Abwägen der Vor- und Nachteile der genannten politischen Parteien zu einem eindeutigen Urteil. Bei 15 Prozent der Befragten stehen zwei, bei 3 Prozent drei Parteien gleichrangig an der Spitze; daß alle vier Parteien gleich beurteilt werden ist ein seltener Fall (1 Prozent). Ähnliches gilt für die Kategorie der Befragten, die überhaupt kein Urteil abgeben (2 Prozent).

Die Antwort auf die Frage nach der Voraussage der Wahlabsicht durch die Bewertung der Parteien muß die unterschiedliche Struktur der Bewertungsmuster berücksichtigen. Generell wird eine Bestätigung der Ausgangsthese dann angenommen, wenn der Befragte eine Wahlabsicht für

TABELLE 4

*Der Zusammenhang zwischen den Bewertungsmustern der politischen Parteien
und der Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 1983*

Bewertungsmuster	Präferierte Partei wird gewählt	Andere als die präferierte Partei wird gewählt	N	Sonstige Parteien werden gewählt	Keine Angabe, Nichtwähler	N
Eindeutiges Bewertungsmuster	77 ¹	18	899	0	5	947
Zweideutiges Bewertungsmuster	81 ²	19	899	2	9	175
Dreideutiges Bewertungsmuster	77	12	155	2	24	42
Vierdeutiges Bewertungsmuster	86	14	31	—	29	7
Bewertungsmuster	74	—	5	—	—	—
Bewertungsmuster	100	—	—	—	—	—
Bewertungsmuster	71	—	—	—	—	—
Bewertungsmuster	100	—	—	—	—	—
Insgesamt 1	77	16	1090	1	6	1171
Insgesamt 2	83	17	1090	—	—	—

¹ Anteilssätze bezogen auf die Befragten insgesamt.

² Anteilssätze bezogen auf die Befragten, die CDU/CSU, FDP, SPD oder die Grünen wählen wollten.

die Partei kundgibt, die im Vergleich zu den anderen zur Wahl stehenden Parteien relativ mehr Argumente für als gegen sich hat, oder wenn der Befragte eine der Parteien wählen will, die gleichrangig den ersten Platz vor den verbleibenden anderen einnehmen. Darüber hinaus hängt die Antwort auf die gestellte Frage aber auch davon ab, welche Basis für die Errechnung der Schätzwerte gewählt wird. So kann man zum einen die Analyse auf solche Befragte beschränken, die auf die Frage nach der Wahlabsicht eine der vier Parteien genannt haben, für die im Interview auch Informationen über die bei diesen Parteien wahrgenommenen Vor- und Nachteile ermittelt wurden. Zum anderen ist es aber auch möglich, die Befragten zusätzlich in die Betrachtung einzubeziehen, die eine andere Partei als die CDU/CSU, die FDP, die SPD oder die Grünen wählen wollten, oder die auf die Frage nach der Wahlabsicht keine Antwort gaben. Im Folgenden werden beide Anteilssätze berichtet.

Der Befund ist in Tabelle 4 dargestellt. Er spricht für die These, daß die Wahlabsicht als Funktion der Argumentation des Bürgers betrachtet werden kann, obwohl damit die Frage nach der Kausalität noch nicht beantwortet ist. Je nach der gewählten Basis der Prozentuierung beträgt der Anteil, zu dem die Wahlabsicht korrekt vorausgesagt wird, 83 bzw. 77 Prozent. Dies kennzeichnet eine für die Umfrageforschung durchaus respektable Beziehung.

Die allgemeine Tendenz verdeckt jedoch einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden „großen“ Parteien CDU/CSU und SPD und den beiden „kleinen“ Parteien, der FDP und den Grünen. Die These greift hinsichtlich der großen, nicht jedoch hinsichtlich der kleinen Parteien. Bei den kleinen Parteien, insbesondere aber im Falle der FDP, genügt ein zahlenmäßiger Vorsprung an „guten“ Argumenten offenbar nicht, um zu einer entsprechenden Wahlabsicht zu motivieren. So wollte die Hälfte der Befragten, die sich aufgrund der Verteilung der Argumente hätten eindeutig für die FDP entscheiden sollen, für die CDU/CSU votieren. Gleichmaßen wollten 28 Prozent derjenigen, deren Argumentationsstruktur eindeutig für die Grünen spricht, ihre Stimme der SPD geben. Dies deutet auf eine besondere „Sogkraft“ der großen Parteien hin, die durch gemeinsame Regierungstätigkeit oder durch eine ideologische Nähe mit den kleinen Parteien verbunden sind. Die bei den gleichrangigen Bewertungsmustern gefundenen Beziehungen stützen diesen Sachverhalt ebenfalls.

Dies Ergebnis bedarf der weiteren Analyse. Es spricht für die Einbeziehung des Erst- und Zweitstimmensplittings in die Analyse ebenso wie für die besondere Gewichtung inhaltlich unterschiedlicher Argumente.

TABELLE 5

*Saldierung und Vergleich der bezogen auf die CDU/CSU, SPD, FDP, FDP
und die Grünen vorgebrachten positiven und negativen Argumente,
die sich daraus ergebenden Bewertungsmuster und deren Konsequenzen für die Wahlabsicht 1983*

Bewertungsmuster	CDU/CSU	FDP	SPD	Wahlabsicht 1983			Keine Angabe	N
				Grüne	Sonstige			
CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne	85	4	6	—	—	5	363	
FDP, CDU/CSU, SPD, Grüne	50	23	23	2	—	2	44	
SPD, CDU/CSU, FDP, Grüne	10	1	79	5	1	4	501	
Grüne, CDU/CSU, SPD, FDP	13	—	28	51	—	8	39	
CDU/CSU = FDP, SPD, Grüne	71	10	10	—	—	9	42	
CDU/CSU = SPD, FDP, Grüne	48	3	33	4	3	9	70	
CDU/CSU = Grüne, SPD, FDP	50	—	50	—	—	—	8	
SPD = Grüne, CDU/CSU, FDP	6	3	63	9	6	13	32	
SPD = FDP, CDU/CSU, Grüne	21	11	58	—	—	10	19	
FDP = Grüne, CDU/CSU, SPD	—	25	50	25	—	—	4	
CDU/CSU = SPD = FDP, Grüne	48	10	33	—	—	9	21	
CDU/CSU = SPD = Grüne, FDP	—	—	50	—	—	50	6	
CDU/CSU = FDP = Grüne, SPD	45	—	11	—	—	44	9	
SPD = FDP = Grüne, CDU/CSU	—	—	67	—	17	16	6	
CDU/CSU = SPD = FDP = Grüne	29	14	29	—	—	28	7	
Keine Argumente	46	—	23	—	—	31	26	
Insgesamt	41	4	44	4	1	6	1197	

III *Schlußfolgerung*

Das zusammengetragene und beschriebene Datenmaterial soll hier nicht im Detail zusammengefaßt werden. Generell kann man festhalten, daß die sozialstrukturellen Veränderungstendenzen, die auf einen größer werdenden Bereich politisch beweglicher Wähler hinweisen, auf eine Wählerschaft treffen, die sich in zunehmenden Maße ein Bild von den zur Wahl stehenden politischen Parteien zu machen versteht. Dieses Bild, so der Befund, wird in erster Linie von den politischen Leistungen der Parteien geprägt. Die Politiker werden sich in einer solchen Situation häufiger fragen müssen, wie das, was sie tun, von den Wählern beurteilt wird. Dies kennzeichnet eine, gemessen an den normativen Prämissen demokratischer Regierungsweise, insgesamt positive Entwicklung.

Das Forschungsprojekt „Bundestagswahl 1983“ wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert (KU 501/1—1) und gemeinsam mit Prof. Manfred Küchler, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, durchgeführt.

ANHANG

TABELLE I

Argumente, die vor Bundestagswahlen mit den politischen Parteien verbunden wurden, aufgliedert nach Themenbereichen und mit Angabe des Anteils positiver Argumente pro Themenbereich, 1969—1983

Jahr	Themenbereiche (Typ des Arguments)	CDU/CSU		FDP		SPD		Grüne					
		%	N	%	N	%	N	%	N				
1983	Ideologische Argumente	5	(199)	43	7	(235)	72	5	(231)	34	8	(303)	11
	Gruppenbezogene Argumente	16	(715)	22	4	(130)	36	18	(839)	77	1	(40)	45
	Innenpolitische Argumente	27	(1197)	64	5	(149)	66	30	(1414)	37	26	(936)	70
	Außenpolitische Argumente	7	(299)	45	1	(51)	92	8	(401)	63	4	(162)	67
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	24	(1065)	47	59	(1939)	26	23	(1057)	29	44	(1592)	21
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	13	(588)	44	12	(389)	49	10	(450)	57	3	(94)	22
1980	Unpolitische Argumente	2	(76)	63	2	(75)	35	2	(98)	70	7	(232)	13
	Unspezifische Argumente	6	(268)	35	10	(335)	8	4	(205)	28	7	(259)	4
	Argumente insgesamt	100	(4407)	46	100	(3303)	33	100	(4695)	47	100	(3618)	33
	Ideologische Argumente	6	(301)	50	10	(337)	75	7	(414)	26			
1980	Gruppenbezogene Argumente	10	(459)	34	5	(162)	40	12	(692)	40	12	(692)	72
	Innenpolitische Argumente	15	(730)	78	6	(197)	51	28	(1590)	37			
	Außenpolitische Argumente	7	(320)	60	3	(120)	84	15	(827)	59			
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	28	(1309)	32	50	(1743)	40	18	(1018)	40			

TABELLE I (Fortsetzung)

Argumente, die vor Bundestagswahlen mit den politischen Parteien verbunden wurden, aufgliedert nach Themenbereichen und mit Angabe des Anteils positiver Argumente pro Themenbereich, 1969—1983

Jahr	Themenbereiche (Typ des Arguments)	CDU/CSU		FDP		SPD		Grüne		
		%	N	+	%	N	+	%	N	
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	24	(1128)	39	15	(507)	80	13	(770)	68
	Unpolitische Argumente	2	(109)	48	2	(81)	49	2	(91)	67
	Unspezifische Argumente	8	(393)	21	9	(327)	35	5	(284)	50
	Argumente insgesamt	100	(4749)	43	100	(3474)	51	100	(5686)	49
1976	Ideologische Argumente	10	(565)	53	10	(421)	70	8	(551)	37
	Gruppenbezogene Argumente	10	(594)	33	5	(211)	45	13	(882)	75
	Innenpolitische Argumente	13	(720)	74	5	(208)	64	28	(1898)	43
	Außenpolitische Argumente	5	(280)	62	2	(91)	79	12	(841)	53
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	33	(1865)	37	53	(2289)	37	21	(1410)	33
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	17	(988)	44	12	(525)	81	10	(715)	54
	Unpolitische Argumente	2	(137)	61	4	(160)	52	2	(149)	49
	Unspezifische Argumente	10	(552)	29	10	(444)	33	6	(427)	27
	Argumente insgesamt	100	(5701)	45	100	(4349)	48	100	(6873)	46
	1972	Ideologische Argumente	6	(221)	49	5	(142)	66	7	(312)
Gruppenbezogene Argumente		9	(333)	33	4	(109)	26	9	(426)	77
Innenpolitische Argumente		12	(450)	80	4	(103)	48	20	(892)	45
Außenpolitische Argumente		6	(232)	35	4	(95)	89	21	(956)	80

TABELLE I (Fortsetzung)

Argumente, die vor Bundestagswahlen mit den politischen Parteien verbunden wurden, aufgliedert nach Themenbereichen und mit Angabe des Anteils positiver Argumente pro Themenbereich, 1969—1983

Jahr	Themenbereiche (Typ des Arguments)	CDU/CSU		FDP		SPD		Grüne	
		%	N	%	N	%	N	%	N
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	35	(1331)	47	(1239)	23	(1018)	33	
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	15	(563)	16	(424)	11	(493)	41	
	Unpolitische Argumente	2	(89)	2	(52)	1	(51)	63	
	Unspezifische Argumente	16	(604)	17	(450)	8	(371)	38	
	Argumente insgesamt	100	(3823)	100	(2614)	43	(4519)	52	
1969	Ideologische Argumente	7	(176)	50		6	(132)	44	
	Gruppenbezogene Argumente	11	(285)	26		16	(363)	75	
	Innenpolitische Argumente	18	(461)	38		15	(349)	70	
	Außenpolitische Argumente	7	(187)	43		8	(194)	72	
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	32	(807)	54		30	(686)	44	
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	11	(271)	57		14	(329)	72	
	Unpolitische Argumente	3	(77)	74		2	(50)	68	
Unspezifische Argumente	10	(241)	47		9	(209)	62		
	Argumente insgesamt	100	(2505)	47		100	(2312)	61	

Anmerkung: + = davon positiv

TABELLE II

Anteil der Befragten mit überwiegend positiven (+), ausgeglichenen (=) oder überwiegend negativen (-) Argumenten, aufgliedert nach Themenbereichen, 1969—1983

Jahr	Themenbereich (Typ des Arguments)	CDU/CSU			FDP			SPD			Grüne						
		+	=	-	+	=	-	+	=	-	+	=	-				
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%				
1983	Ideologische Argumente	43	2	55	71	7	22	(174)	32	6	62	(173)	11	0	89	(254)	
	Gruppenbezogene Argumente	20	4	76	(459)	33	3	64	(99)	76	5	19	(561)	46	—	54	(37)
	Innenpolitische Argumente	61	10	29	(638)	65	5	30	(120)	29	14	57	(743)	69	13	18	(629)
	Außenpolitische Argumente	45	1	54	(221)	94	—	6	(36)	58	6	36	(288)	67	1	32	(135)
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	43	13	44	(641)	14	14	72	(1004)	21	10	69	(638)	10	11	79	(872)
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	41	8	51	(393)	46	9	45	(270)	54	8	38	(305)	18	3	79	(85)
1980	Unpolitische Argumente	64	—	36	(72)	34	1	65	(73)	69	—	31	(92)	14	1	85	(198)
	Unspezifische Argumente	35	—	65	(259)	8	—	92	(318)	28	—	72	(197)	4	—	96	(232)
	Ideologische Argumente	45	6	49	(236)	74	3	23	(272)	22	4	74	(319)				
	Gruppenbezogene Argumente	32	4	64	(317)	40	2	58	(129)	72	5	23	(474)				
	Innenpolitische Argumente	77	6	17	(436)	50	4	46	(143)	31	11	58	(774)				
	Außenpolitische Argumente	58	1	41	(248)	86	1	13	(105)	56	7	37	(532)				
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	26	11	63	(797)	30	16	54	(1006)	35	9	56	(645)					
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	31	10	59	(696)	80	4	16	(371)	72	7	21	(513)					
Unpolitische Argumente	50	1	49	(100)	49	1	50	(76)	65	1	34	(82)					
Unspezifische Argumente	22	1	77	(364)	37	1	62	(294)	51	—	49	(275)					

TABELLE II (Fortsetzung)

Anteil der Befragten mit überwiegend positiven (+), ausgeglichenen (=) oder überwiegend negativen (-) Argumenten, aufgeschlüsselt nach Themenbereichen, 1969—1983

Jahr	Themenbereich (Typ des Arguments)	CDU/CSU			FDP			SPD			Grüne		
		+ %	= %	- %	+ %	= %	- %	+ %	= %	- %	+ %	= %	- %
1976	Ideologische Argumente	51	4	45 (433)	68	4	28 (344)	33	6	61 (438)			
	Gruppenbezogene Argumente	33	3	64 (448)	46	2	52 (171)	74	5	21 (665)			
	Innenpolitische Argumente	72	5	23 (503)	61	7	32 (161)	39	10	51 (1067)			
	Außenpolitische Argumente	60	4	36 (232)	78	—	22 (77)	52	4	44 (613)			
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	32	12	56 (1118)	28	16	56 (1342)	26	10	64 (916)			
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	38	7	55 (670)	80	5	15 (368)	50	9	41 (497)			
1972	Unpolitische Argumente	60	1	39 (130)	52	3	45 (139)	48	2	50 (139)			
	Unspezifische Argumente	29	0	71 (505)	34	1	65 (391)	27	0	73 (396)			
	Ideologische Argumente	49	6	45 (183)	66	5	29 (119)	36	11	53 (255)			
	Gruppenbezogene Argumente	35	4	61 (255)	27	2	71 (94)	75	5	20 (341)			
1972	Innenpolitische Argumente	80	2	18 (337)	44	6	50 (84)	40	8	52 (544)			
	Außenpolitische Argumente	33	1	66 (203)	90	—	10 (88)	79	4	17 (721)			
	Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	26	12	62 (837)	31	11	58 (823)	26	10	64 (700)			

TABELLE II (Fortsetzung)

Anteil der Befragten mit überwiegend positiven (+), ausgeglichenen (=) oder überwiegend negativen (-) Argumenten, aufgliedert nach Themenbereichen, 1969—1983

Jahr	Themenbereich (Typ des Arguments)	CDU/CSU			FDP			SPD			Grüne		
		+	=	-	+	=	-	+	=	-	+	=	-
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
		N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	33	7	60	65	8	27	35	7	58	33	7	60
	Unpolitische Argumente	58	—	42	54	—	46	62	2	36	58	—	42
	Unspezifische Argumente	25	0	75	24	0	76	39	0	61	25	0	75
		(374)	(79)	(542)	(320)	(48)	(378)	(340)	(47)	(331)			
1969	Ideologische Argumente	47	7	46	43	3	54	43	3	54	47	7	46
	Gruppenbezogene Argumente	26	2	72	75	4	21	75	4	21	26	2	72
	Innenpolitische Argumente	38	4	58	69	5	26	69	5	26	38	4	58
	Außenpolitische Argumente	40	8	52	69	2	29	69	2	29	40	8	52
	Argumente, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind	52	13	35	37	13	50	37	13	50	52	13	35
	Argumente, die auf Politiker bezogen sind	58	5	37	69	5	26	69	5	26	58	5	37
	Unpolitische Argumente	74	—	26	69	7	24	69	7	24	74	—	26
	Unspezifische Argumente	47	2	51	65	—	35	65	—	35	47	2	51
		(130)	(207)	(248)	(101)	(265)	(214)	(148)	(415)	(219)	(45)	(198)	